

Susanne Pickel/Gert Pickel

Politische Kulturforschung

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis.....	7
Vorwort.....	8
1 Einleitung – Was ist politische Kulturforschung?	9
2 Grundlegende methodische Anmerkungen	19
2.1 Die politische Kulturforschung und ihr methodisches Grundverständnis	19
2.2 Politische Umfrageforschung als methodische Basis politischer Kulturforschung	21
2.3 Die Indikatorenproblematik in der vergleichenden Umfrageforschung	25
2.4 Aggregation und das Mikro-Makro-Problem	29
2.5 Kernliteratur	33
3 Kerngedanken politischer Kulturforschung	35
3.1 Was ist politische Kultur?	35
3.2 Die Beziehung zwischen Struktur und Kultur und ihre Bedeutung für Stabilität in der politischen Kulturforschung	38
3.2.1 Stabilität als Basiserkenntnisziel	38
3.2.2 Die Beziehung zwischen Struktur und Kultur.....	40
3.2.3 Politische Kulturforschung zwischen Mikro- und Makroebene.....	41
3.2.4 Politische Kultur und Verhalten.....	42
3.3 Kernliteratur	44
4 Konzepte der politischen Kulturforschung	45
4.1 Der Ansatz von Gabriel Almond und Sidney Verba – Die Genese der politischen Kulturforschung	45
4.1.1 Almond und Verbas Grundkonzept und die Typisierung der politischen Kulturen.....	47
4.1.2 Kongruenz von politischer Kultur und Struktur.....	52
4.1.3 Die Ergebnisse der „Civic Culture“-Studie	55
4.1.4 Kritik an der Civic Culture-Studie	61
4.1.5 Eine Nachfolgestudie als Mastersample – ‘Political Culture and Political Development’ (1965).....	62
4.2 Subjektive Legitimität nach Seymour Martin Lipset und politische Unterstützung nach David Easton	67
4.2.1 Seymour Martin Lipset: Politische Kulturforschung und Legitimität.....	67
4.2.2 David Easton: Kernelemente des Konzeptes der politischen Unterstützung.....	74

4.2.3	Legitimitätskrise westlicher Demokratien?.....	81
4.3	Kritikpunkte am Konzept der politischen Kultur	89
4.3.1	Die Rational-Choice-Kritik.....	91
4.3.2	Die kulturalistische Kritik	94
4.3.3	Fazit: Getrennte Kritik – gleiches Ziel	99
4.4	Verzweigung der politischen Kulturforschung? Die Kulturalisten.....	100
4.4.1	Karl Rohe – Sozio- und Deutungskultur.....	100
4.4.2	Deutsche Rezeption und Erweiterungen.....	104
4.5	Auf dem Weg zur Demokratieanalyse – Weiterentwicklung des Konzepts.....	107
4.5.1	Konzeptionelle Anpassungen und Modifikationen: Dieter Fuchs und Bettina Westle	107
4.5.2	Demokratische politische Kultur bei Larry Diamond	117
4.5.3	Pippa Norris – Diffuse und spezifische Unterstützung als Kontinuum.....	120
4.5.4	Susanne Pickel – Demokratische politische Kultur und Demokratieverständnis..	130
	Kernliteratur.....	134
5	Spezielle Konzepte der politischen Kulturforschung	136
5.1	Wertewandel, politische Kultur, emanzipatorische Werte und Demokratie	137
5.1.1	Das Konzept des Wertewandels von Ronald Inglehart	137
5.1.2	Freedom Rising? Erweiterungen und politikwissenschaftliche Implikationen	147
5.2	Robert Putnam – Soziales Kapital und die Sozialkapitalforschung.....	152
5.3	Viele Weiterentwicklungen in der politischen Kulturforschung, das gleiche Ziel	160
5.4	Kernliteratur	163
6	Ausgewählte aktuelle Fragen und Diskussionen der politischen Kulturforschung.....	165
6.1	Politische Kulturforschung und Demokratiemessung	165
6.2	Legitimität auch in Autokratien?!	168
6.3	Kampf der Kulturen? Migration, Religion, Identitäten und politische Kultur.....	172
6.3.1	Kampf der Kulturen? Samuel Huntingtons kulturalistische Provokation der westlichen Globalisierung	172
6.3.2	Migration und ihre Auswirkungen auf die politischen Kulturen.....	177
6.4	Populismus, Extremismus und die „richtige“ politische Gemeinschaft	182
6.4.1	Was haben politische Kultur, Populismus und Extremismus miteinander zu tun?	182
6.4.2	Extremismus, Rechtsextremismus und politische Kultur.....	183
6.4.3	Der Aufschwung des Populismus – Die neue Gefahr für die Demokratie?.....	187
6.5	Kernliteratur	195

7	Zusammenfassung, Fazit, Ausblick	196
	Literatur.....	199

- Ein Ansatzpunkt sind in Differenzen zwischen den politischen Kulturen der Zuwanderer und in der Zuwanderungsgesellschaft, die aus kulturellen Differenzen resultieren können. Die Hinweise auf den derzeitigen Ist-Stand sind derzeit zwiespältig und erfordern weitere Forschungsarbeit.
- Die Auseinandersetzung um die richtige Haltung zu Zuwanderung hat sich zu einer polarisierten Auseinandersetzung entwickelt, welche Spaltungspotential für die Gesellschaft besitzt und vor allem auf der Ebene der politischen Gemeinschaft Gefahren für das politische System bereithält.
- Der zentrale Einfluss der Diskussionen über Migration und Integration liegt auf der Ebene der politischen Gemeinschaft und führt dazu, dass dieser Aspekt der politischen Unterstützung wieder an Bedeutung gewinnt.
- Gerade Ergebnisse und Konzepte der Sozialpsychologie sind hilfreich für das Verständnis der auf diesem Gebiet stattfindenden Prozesse. Speziell die Social identity Theory ist hochgradig an die Überlegungen der politischen Kulturforschung anschlussfähig.
- Die Beschäftigung mit den Auswirkungen von Flucht, Migration und Integration auf die Entwicklung und Veränderung von politischen Kulturen dürfte eine der am meisten dynamischen Fragestellungen der zukünftigen politischen Kulturforschung sein.

6.4 Populismus, Extremismus und die „richtige“ politische Gemeinschaft

6.4.1 Was haben politische Kultur, Populismus und Extremismus miteinander zu tun?

Auch Debatten über Extremismus, Rechtsextremismus und Populismus stehen in einer engen Verbindung zur politischen Kulturforschung. Sie haben in den letzten Jahren eine massive Belebung erfahren und rückten dabei wiederholt in das Zentrum starken öffentlichen Interesses. Für den Bereich der politischen Kulturforschung stehen nicht in erster Linie extremistische Gewalttaten im Vordergrund, sondern die sie teilweise auslösenden Einstellungen und Werthaltungen. Entsprechend fällt vor allem die Offenheit für populistische und extremistische Argumentationsweisen in der Bevölkerung zentral in das Gebiet der politischen Kulturforschung und knüpft an die frühen Kernfragen nach einer Civic Culture (Almond und Verba 1963) genauso an, wie an die Frage nach den Gefährdungen der Stabilität demokratischer Regime (Lipset 1982). Neben der bereits länger etablierten Forschung zu Extremismus und Rechtsextremismus hat sich in den letzten Jahren vor allem das Konzept des Populismus stärker in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion ausgebreitet. Das Augenmerk gilt dort speziell der in den letzten Jahrzehnten zugenommenen Mobilisierbarkeit von Bürgern für populistische Positionen und der Betonung eines Gegensatzes zwischen Volk und Eliten. Dabei wird sowohl in der populistischen wie auch der extremistischen Argumentation oft auf mit demokratischen Idealen nur schwer vereinbare Positionen (Antipluralismus, Antimigrationspositionen) zurückgegriffen. Entsprechend

ist gerade die Fragestellung der Ausbreitung, der Gründe, Begründungen und Wirkungen des Populismus eng mit der Thematik Integration und politische Kultur verzahnt.

In jüngerer Zeit hat sich vor allem die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt als eine Brücke zwischen Extremismusforschung und politischer Kulturforschung erwiesen. Der Begriff gesellschaftlicher Zusammenhalt ist dabei in etwa mit dem amerikanischen Forschungsstrang Social Cohesion gleichzusetzen – oder zumindest zu vergleichen. Hier geht es um eine Form des Zusammenhaltes der politischen Gemeinschaft. Diese unterliegt aber Differenzierungsnachfragen, trägt doch Nationalismus zu einer solchen Gemeinschaftsbildung bei, sorgt aber bei einer völkischen Ideologie für starke Ausgrenzungspotentiale gegenüber Minderheiten in der Gesellschaft. Damit werden die aktuellen Debatten um Extremismus, Populismus und gesellschaftlichen Zusammenhalt in immer stärkerem Umfang für die politische Kulturforschung interessant, bewegen sie sich doch auf deren Terrain. Da die Produktion von politischer Unterstützung auch für Autokratien bedeutsam ist, sind gerade für diese populistische mit ideologisch unteretzten Gemeinschaftsideen versehene Vorgehensweisen besonders tragfähig. Sie erzeugen politische Unterstützung und teilweise sogar Legitimität. Gleichwohl können Autokratien nur darauf zurückgreifen, wenn die aus Sicht der Demokratie extremistischen Positionen einen Massenkonsens erreichen. Dies ist aber fast allein durch identitäre Elemente, also z.B. den erfolgreichen Verweis auf eine Volksgemeinschaft, möglich. Doch auch in Demokratien werden populistische Elemente verwendet. Hier ist die Frage, in welchem Umfang sie für eine demokratische politische Kultur verkraftbar (vielleicht sogar nützlich im Sinne der Responsivität auf Bevölkerungswünsche) sind oder mittelfristig eine das demokratische System aushöhlende Wirkung besitzen.

Es kann an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein, eine tiefer gehende Einführung in die Rechtsextremismus- und Extremismusforschung oder die Populismusforschung zu geben, gleichzeitig macht es Sinn, einige der bestehenden Beziehungen zwischen politischer Kulturforschung und Extremismusforschung zu beleuchten, ohne dabei eine Einführung in die Extremismusforschung geben zu wollen und zu müssen. Für Interessenten an den Thematiken sei auf die weitergehende hier referierte Literatur zur Extremismusforschung (z.B. Bötticher und Mares 2012; Virchow u.a. 2016) und der Populismusforschung (Mudde und Kaltwasser 2017; Priester 2012) verwiesen.

6.4.2 Extremismus, Rechtsextremismus und politische Kultur

Die Extremismusforschung hat sich seit den 1980er Jahren als eigenständiger wissenschaftlicher Forschungszweig etabliert. Dies drückt sich in einer wachsenden Zahl an Lehrbüchern (Backes und Jesse 1989; Bötticher und Mares 2012; Gomolla u.a. 2018; Jachke 2006; Pfahl-Traughber 2006; Mannewitz und Ruch 2018; Salzborn 2015; Schubarth und Stöss 2001), einem gleichnamigen Jahrbuch (z.B. Backes und Gallus 2017) und einem deutschsprachigen Handbuch aus (Virchow u.a. 2016). Zudem existieren zumindest zwei größere Forschungslangfristprojekte, welche sich der Thematik extremistischer und autoritärer Einstellungen über den zeitverlauf widmen. Es handelt sich um die Leipziger Mitte Studien, welche seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführt werden (z.B. Decker u.a. 2016) sowie die seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Mitte Studien seit 2010 (z.B. Zick u.a. 2014). Kernidee ist es, der demokratischen Rechtsordnung entgegenstehende Positionen in der Gesellschaft zu identifizieren, zu analysieren – und ggf.

Hinweise auf Gegenmaßnahmen geben zu können. Entsprechend wohnt der Extremismusforschung in Demokratien immer auch ein praktisches Interesse inne. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung mit Extremismus ist dessen Definition und die daraus abgeleitete Identifikation des zu behandelnden Gegenstandes. Als Extremismus wird in der Einstellungsforschung eine Positionierung an den Rändern des politisch-ideologischen Spektrums verstanden. Dies setzt ein Denken in Kontinuen im politischen Raum voraus, d.h. politische Parteien, Akteure und Konzepte werden als links, rechts oder dazwischen verstanden. „In demokratischen politischen Systemen wird implizit das Verhältnis der „normalen Demokraten“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als in der Gesellschaft als konsensuabel angenommen. Extremismus ist dann also in seiner Kerneigenschaft eine Gegnerschaft der Extremisten zur Demokratie“ (Pickel und Decker 2016: 10). Dieses Grundverständnis wird in anderen Definitionen von Extremismus geteilt (zusammenfassend Bötticher und Mares 2012: 58-59). Extremismus richtet sich somit grundsätzlich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und umfasst entsprechende Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen.

Gleichzeitig ist die Verwendung des Begriffs Extremismusbegriff seit längerer Zeit Gegenstand inhaltlicher Auseinandersetzungen (u.a. Backes 2010). Vor allem seine politische Aufladung und die daraus häufig resultierende Verwendung als politischer Kampfbegriff durch Vertreter des politischen Spektrums führten in Deutschland zu einer unterschiedlichen Begriffsverwendung und Streit. Speziell die Verwendung der Begriffe Extremismus oder Rechtsextremismus unterscheidet die Forschungslandschaft und die politischen Positionen. Die Verwendung des Extremismusbegriffs als Konzeptbegriff, gerade auch durch den Verfassungsschutz seit den 1970er Jahren, und ein daraus resultierendes Verständnis einer Gleichsetzung zwischen Rechts- und Linksextremismus hat dem Begriff „Extremismus“ eine gewisse Skepsis in der politischen Außenbetrachtung von Betrachtern aus dem eher sich links verstehenden Spektrum eingebracht. So wird auf eine deutliche Unterscheidung und unterschiedliche Verwendung der Bezeichnungen Rechtsextremismus und Linksextremismus bestanden, teilweise auch verbunden mit Skepsis daran, dass es so etwas wie einen geschlossenen Linksextremismus überhaupt gibt. Hier erfolgt eine Konzentration auf die Erforschung des weit einheitlicher ausgerichteten Rechtsextremismus. Er wird definitorisch als radikalisierten Ungleichwertigkeitsideologie eingestuft, welche vor allem die Überlegenheit eines (des eigenen) Volkes gegenüber anderen Ethnien, Völkern und Sozialgruppen ins Zentrum rückt. Rechtsextremismus ist somit eine stark nationalistisch ausgeprägte Ideologieform, welche in ihrer Grundform antidemokratisch ist. Aufgrund der bipolaren politischen Ideologieskala liegt es nun nahe, dass mit Blick auf zwei Enden dieses Kontinuums neben dem Rechtsextremismus auch von einem Linksextremismus gesprochen wird. Dies geschieht auch in der Tat und hat seinen Eingang auch in die Politik gefunden, wo Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus wie Linksextremismus etabliert werden. Dies wird speziell von konservativer politischer Seite gefordert. Während aber beim Rechtsextremismus durch den antidemokratischen, nationalistischen Ungleichwertigkeitsbezug ein gemeinsamer kleinster Nenner einer Definition zu einer Zugehörigkeitsbestimmung vorliegt, ist dies beim Linksextremismus nicht in dieser Eindeutigkeit der Fall (Decker und Pickel 2016). Zwar sieht Eckehard Jesse den Linksextremismus geeint durch die Tatsache, „dass sie in der kapitalistischen Klassengesellschaft die Wurzeln allen Übels sehen“ (Neugebauer 2001: 21), allerdings ist nicht nur die Pluralität der so zu fassenden Gruppe deutlich höher als beim Rechtsextremismus, sondern auch deren Haltung gegenüber der Demokratie. Das Bundesamt für Verfassungsschutz verwendet folgende Be-

schreibung: „Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus und streben anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine herrschaftsfreie anarchistische Gesellschaft an. Diese Präzisionsproblematik für die Identifikation des Linksextremismus kann nur begrenzt auf den Rechtsextremismus übertragen werden, auch wenn sich deren Beteiligte ebenfalls unterschiedlichen Gruppen zusammensetzen. Sowohl die völkische Ideologie und die Ideologie der Ungleichwertigkeit einen alle Spielarten des Rechtsextremismus (Pickel und Decker 2016).

Diese bisherige Betrachtung eines Kontinuums zwischen links und rechts suggeriert, dass die zwei identifizierten Extremismusformen soziale Gruppen beschreiben, die in der politischen Landschaft am weitesten voneinander entfernt sind. Die Eskalationskultur zwischen beiden Gruppen auf beiden Enden des Kontinuums wird zudem als Beleg für diese scharfe Differenzierung herausgestellt. Im Rahmen der Extremismusforschung wurde allerdings auch auf Nähen und Übereinstimmungen verwiesen. Bekanntheit erlangte hier die These vom sogenannten „Hufeisens des Extremismus“ (Backes und Jesse 1989). In dieser Überlegung wird davon ausgegangen, dass bei aller inhaltlichen Differenz von Personen mit Extremismuspotenzial ihre Grundhaltungen (z. B. speziell zu Gewalt und gegenüber der Demokratie) näher beieinanderliegen, als dies das Bild vom politisch-ideologischen Kontinuum nahelegt. In der individuellen Biografie kommt es dann eher auf Zufälligkeiten an, wie die soziale Umgebung und der Freundeskreis, die einen Extremisten zum Linksextremisten oder zum Rechtsextremisten werden lassen (Pickel und Decker 2016: 10). So ist Extremismus ja vor allem ein Phänomen sozialer Gruppen und wird nur selten von isolierten Einzelpersonen betrieben. Damit wäre die politische Richtungsentscheidung von Extremisten eher zufällig. Empirische Analysen konnten die Annahme einer Anordnung als Hufeisen für den späteren Zeitpunkt einer Zugehörigkeit zu einer links- oder rechtsextremistischen Gruppe allerdings nicht wirklich bestätigen (Arzheimer 2006). Die Positionierungen entsprechender Personen auf dem Links-Rechts-Spektrum sind empirisch in der Regel differenziert voneinander und mit spezifischen Einstellungen verbunden. Auch die antidemokratische Haltung der Rechtsextremisten ist über verschiedene Länder stärker ausgeprägt als die unter der Gruppe der als linksextremistisch zu klassifizierenden. Gleichwohl ist die Möglichkeit der Ausrichtung in einer frühen Phase des Lebens in die eine oder andere Richtung damit nicht grundsätzlich widerlegt.

Weiterer Forschungsarbeit in dieser Richtung steht allerdings der bereits beschriebene ideologische Gegensatz in der Verwendung der Begriffe Extremismus und Rechtsextremismus entgegen. Der Verwendung des Begriffs Extremismus, der in Teilen der Wahrnehmung mit dem Hufeisenkonzept verbunden wurde, wird eine ungerechtfertigte Gleichsetzung zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus wie auch Relativierung der größeren Gefährdung durch den Rechtsextremismus vorgeworfen. Diese ideologische Polarisierung der Extremismusforschung mit Bezug auf die Orientierung an den Begriffen „Extremismus“ oder „Rechtsextremismus“ hat zu mannigfaltigen Auseinandersetzungen in der Community geführt, die sich als wissenschaftlich wenig produktiv erwiesen haben und eher politisch-ideologische als wissenschaftliche Züge aufweisen (Decker und Pickel 2016: 11). So ist es z.B. selbst unter Vertretern der „Hufeisentheorie“ nicht umstritten, dass sich Links- und Rechtsextremismus inhaltlich und in der politisch-ideologischen Ausrichtung markant und klar unterscheiden, wie auf der Seite der Anwender des

Begriffes Rechtsextremismus in der Regel nicht infrage gestellt wird, dass es Linksextremismus gibt. Nicht zuletzt aufgrund der Spannungen über die Begriffsverwendung wird alternativ zum Extremismus das Konzept des Autoritarismus verwendet (Decker u.a. 2016), da eine solche politische Orientierung unabhängig von der politisch-ideologischen Einstellung und deren Verortung auf einem Links-Rechts-Kontinuum ist. Zudem öffnet es die Möglichkeit auch nicht an den Rändern der Gesellschaft stehende Gruppen zu identifizieren, welche in Gegensatz zur Demokratie kommen. Diese Gedanken werden unter dem Titel des „Extremismus der Mitte“ verhandelt (Decker u.a. 2016) und sind bereits in frühen Schriften der politischen Kulturforschung bei Seymour M. Lipset angelegt (1959). Damit ist auch der Bezug zur politischen Kulturforschung hergestellt, handelt es sich doch auf der motivationalen Ebene um Verhalten prägende Einstellungskonstrukte, die in Gruppen der Bevölkerung Verankerung finden und ihre Haltung zum politischen System maßgeblich bestimmen (Salzborn 2015: 108-109).

Extremistische Einstellungen sind von extremistischen Handlungen zu unterscheiden. Kriminalstatistiken ermöglichen linksextremistisch wie rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten Verb fehlt, lassen aber die Motive im Unklaren. Diese liegen eher in den Einstellungen begründet. Diese aber wiederum sind aufgrund der geschilderten Debatten teilweise stark umstritten. Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass das Phänomen des Linksextremismus schwieriger zu bestimmen ist als das des Rechtsextremismus. Können rechtsextremistische Einstellungen durch die Kombinatorik von Ethnozentrismus, überhöhten Nationalismus und klare Demokratiefeindlichkeit bestimmt werden, findet man auf der linken Seite Variationen von Globalisierungskritik bis Antimilitarismus, die erst in Verbindung mit einer antidemokratischen Haltung zu Extremismus werden. So existiert bislang für die Messung linksextremer Einstellungen keine einheitliche Erhebungsskala – und auch ein Defizit an entsprechend belastbaren Ergebnissen. Etwas besser sieht es auf der Seite der rechtsextremen Einstellungen aus. Nach einer Anfangszeit, in der relativ selektiv verschiedene Einstellungen zur Erfassung von Rechtsextremismus verwendet wurden, etablierte sich durch einen Vorschlag einer sogenannten Konsensgruppe der Erforschung des Rechtsextremismus 2001 ein weitgehend akzeptiertes Erfassungsinstrumentarium.¹²⁴ Dieses findet sich, wenn auch immer wieder mit gewissen Selektionen und Variationen in verschiedenen sogenannten „Monitoren“ in Deutschland wie auch den bereits erwähnten Studien mit Zeitvergleichscharakter wieder. Als zentrale Dimensionen für Rechtsextremismus und eine rechtsextreme politische Einstellung werden: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus verwendet (Decker u.a. 2014: 103). Diese zusammen ergeben das Konstrukt einer „geschlossenen rechtsextreme Einstellung“. Jenseits dieser ist es möglich über die Einzelindikatoren stärkere und schwächere Verankerungen bestimmter Einstellungen in der politischen Kultur zu identifizieren.

Die empirischen Untersuchungen der letzten Jahre ergaben ein Potential für eine geschlossene rechtsextreme Einstellung zwischen 9 und 5 Prozent, wobei die Anteile langfristig seit 2012 im Sinken begriffen scheinen (Decker u.a. 2014: 48). Deutlich nach oben weichen die Befunde zu Ausländerfeindlichkeit ab, welche im deutlichen Gegensatz zu den anderen Indikatoren ein Po-

¹²⁴ Siehe hierzu <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie#footnode9-9>.

tential von knapp über 20 Prozent für die Bundesrepublik erreichen. Einzig die Dimension Chauvinismus befindet sich mit ungefähr 15 Prozent Zustimmung noch auf diesem Niveau. Das geschlossene rechtsextreme Weltbild ist in den neuen Bundesländern etwas stärker verbreitet als in den alten Bundesländern, die Differenz ist allerdings nicht bedeutend. In anderen Studien fallen die Einschätzungen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes sogar noch niedriger aus (Zick u.a. 2016: 130-131). Insgesamt kann also in Deutschland von keiner flächendeckenden Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ausgegangen werden, wobei ein Potential in der beschriebenen Größe politisch Verantwortlichen durchaus zu denken geben muss – speziell mit Blick auf europäische Nachbarländer, wo die Potentiale sich in den letzten Jahren teilweise ausgeweitet und vor allem eine Institutionalisierung in Parteien gefunden haben. Ein weiterer Grund, das Phänomen nicht zu unterschätzen, liegt in dem fließenden Übergang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Offenheit für rechtspopulistische Einstellungen begründet (Priester 2012). Ein Übergang lässt sich über das (allerdings nur) in Deutschland etablierte Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit herstellen. Es zielt zentral auf Einstellungen, welche soziale Ungleichwertigkeit unterstützen. Geht man davon aus, dass soziale Ungleichwertigkeitsvorstellungen ein Indiz für eine Haltung sind, die zumindest eine gewisse Offenheit gegenüber Rechtsextremismus aufweist, dann handelt es sich hier um einen weicheren Zugang zu für Demokratien durchaus problematischen Einstellungskonstrukten, der aber gleichzeitig Hinweise auf Differenzen in der politischen Kultur mit sich bringt. So kann man Überzeugungen der sozialen Ungleichwertigkeit und Autoritarismus als Abweichungen vom Idealbild einer Civic Culture ansehen, was durchaus Forderungen an den Wandel in der politischen Kultur eines Landes – und einer Demokratie – mit sich bringen kann. Aufgrund dieses Übergangscharakters macht es nun allerdings Sinn, einen Blick auf das Phänomen des Populismus und seiner Bedeutung für die politische Kulturforschung zu werfen.

6.4.3 Der Aufschwung des Populismus – Die neue Gefahr für die Demokratie?

Extremismus ist zuerst einmal konzeptuell von Populismus zu unterscheiden (Mudde und Kaltwasser 2017; Müller 2017; von Beyme 2017; Wolff 2017). Zwar fallen populistische Äußerungen und politische Positionen immer wieder mit extremistischen Haltungen überein, sie müssen dies aber nicht zwangsläufig. Populismus bewegt sie sich stärker im Schattenbereich zwischen Ablehnung und Akzeptanz von Demokratie, als dies beim Extremismus der Fall ist. Populistische Äußerungen werden dabei nicht nur von Extremisten zur Mobilisierung von Menschen eingesetzt, sondern sie gehören zum Alltagsgeschäft des Wahlkampfes etablierter politischer Parteien. Dort werden sie (meist moderater) bis zu bestimmten Grenzen als politisches Werbemittel verwendet. Populismus und Extremismus stehen oft in Beziehung zueinander, wenn die Extremisten Interesse am Machtgewinn auf legalem Wege oder durch Massenmobilisierung besitzen. So ist es ein etabliertes Instrumentarium von Extremisten, über populistische Äußerungen Anhang zu finden und die Gesellschaft gegen das bestehende politische System zu mobilisieren. Klassische Elemente des Populismus, spezifisch des Rechtspopulismus sind Sozialpopulismus als Schüren von Sozialneid, Nationalpopulismus als Abgrenzung gegenüber vermeintlichen Bedrohungen der nationalen Kultur und Identität, Kriminalpopulismus zum Schutz der Sicherheit des Volkes gegenüber „kriminellen Minderheiten“ und Radikalpopulismus gegenüber abgehobenen und korrupten Vertretern des politischen Establishments. Wenn die Äußerungen gegen bestehendes

Recht verstoßen, und erst recht, wenn ein entsprechendes Handeln mit diesen Vorstellungen einhergeht, wird es zu Rechtsextremismus. Wie bereits die Definition von Extremismus ist die von Populismus ein schwieriges Unterfangen. Gleichzeitig ist das Konzept weder arbiträr, so dass jeder Forscher seine eigene Definition verwenden könne, noch gilt Populismus mehr als reiner Politikstil (Priester 2012: 44), auch wenn letzteres Verständnis sich in medialen Beschäftigungen mit Populismus etwas festgesetzt hat. Grund hierfür dürfte die für Journalisten recht praktische Dehnbarkeit des Begriffs auf viele Positionen und Akteure sein. Populistische Positionen auch in liberal-demokratischen Parteien führen zudem schnell zu einer Legitimierung wie Verharmlosung antipluralistischer und damit antidemokratischer Positionen rechtspopulistischer Akteure, unterscheiden sich manche öffentlichen Argumente doch nur in Nuancen – oder gar nicht. Sowohl der niederländische Forscher Cas Mudde (Mudde und Kaltwasser 2017: 1-20) als auch Karin Priester (2007: 12-41) definieren Populismus vorrangig als den offen propagierten Gegensatz zwischen „dem Volk“ bzw. „dem kleinen Mann“ und „den Eliten“. Diese Unterscheidung ist aus ihrer Sicht konstitutiv für populistische Aussagen (auch Müller 2017a; Jörke und Veith 2017). Populisten sehen sich als Verteidiger von Traditionen und einer „schweigenden“ Mehrheit gegen unzumutbare Bedrohungen von außen, welche durch die als verantwortungslos angesehenen politischen Eliten geduldet, wenn nicht gar gefördert werden (Mudde und Kaltwasser 2017: 9-10). In der Regel markiert diese Position die Wahrnehmung von Kommunikationsprobleme zwischen den politischen Eliten und Teilen der Bevölkerung (Priester 2007: 28), aber vor allem auch ein Repräsentations- und Responsivitätsproblem (Mounk 2018). Diese Wahrnehmung unter den Bürgern artikuliert sich in Protesten, dem Wunsch nach plebiszitärer Entscheidungseinbindung und im Wahlverhalten von sich entsprechend präsentierenden Parteien.

Das Phänomen des Populismus beschränkt sich weitgehend auf liberale Demokratien, da diese auf dem Prinzip der repräsentativen Demokratie fußen. Die Mischung aus Freiheit der Meinungsäußerung, einer liberalen Grundideologie sowie Einschränkungen in der direkten Umsetzung des Bürgerwillens (zum Beispiel über Volksentscheide) öffnet den Ansatzpunkt für populistische Argumentation, wenn die Distanz zwischen Eliten bzw. deren Entscheidungen und einer größeren Zahl von Bürgern anwächst. Speziell die repräsentative Demokratie, bzw. das Nichtfunktionieren der Repräsentativität stellt einen zentralen Angriffspunkt für Populisten dar (Rosanvallon 2017: 241). Hier wird Entscheidungsmacht an Elitenkonglomerate verlagert, die sich dann vom Willen des „Volkes“ lösen. Hinzu tritt der Eindruck unter Bürgern, dass es „dem Land“ schlecht geht oder es von äußeren Umständen oder Personengruppen bedroht wird, bzw. auf eine Katastrophe zutreibt. Wichtig ist: Eine populistische Rhetorik, wie die Bereitschaft von Menschen, sich auf diese einzulassen, benötigt dabei keine individuelle Betroffenheit von (ökonomischen) Problemen und Einschränkungen. Sie blickt auf das Kollektiv und reagiert auf das Gefühl diffuser Problemlagen (Müller 2017: 34). Hier besteht eine große Nähe zu sozialpsychologischen Erklärungskonzepten, welche die Aufwertung der eigenen Gruppe als Transmissionsriemen zur Herstellung von Selbstwertgefühl mit der Abwertung von Fremdgruppen verbindet (Tajfel 1982).

In der Forschung zu Populismus haben sich verschiedene Ansätze etabliert. (1) An Bedeutung verloren hat mittlerweile ein Verständnis von Populismus als einem politischen Stilelement, welches sich vor allem durch ein rigides Auftreten gegenüber den etablierten politischen Eliten aus-

zeichnet. (2) Einer ähnlich ausgerichtete Interpretation folgt das Verständnis von Populismus als politischer Strategie zum Machterwerb bzw. Machterhalt. (3) Eine Weiterführung dieses Argumentes liegt im Verständnis von Populismus als Diskurspraxis. Dieser Ansatz räumt dem Populismus positive Seiten, als von den Fesseln politischer Bevormundung befreiende Macht, ein. Er fokussiert die Forderung nach einer radikalen Demokratie mit einer Mobilisierung der Bürger (Laclau 2005; Laclau und Mouffe 2014). (4) In eine ähnliche Richtung zielen Überlegungen eines Verständnisses von Populismus, in dem Populisten als popular agents angesehen werden, welche gesellschaftliche und politische Defizite (für das politische System produktiv) artikulieren. (5) Sozioökonomische Ansätze hingegen thematisieren Populismus als Reaktionsform auf sozioökonomische Defizite in der Gesellschaft (und soziale Ungleichheit). (6) Einen stärkeren inhaltlichen Fokus legt ein ideologisch geprägter oder ideational approach vor (Mudde und Kaltwasser 2017: 2-4; Priester 2012: 40-48). Er geht von einer auch inhaltlichen Prägung des Populismus aus, die eine Betonung der Differenz zwischen Volk und Eliten aufgreift, diese aber nach jeweiliger politisch-ideologischer Richtung mit bestimmten Inhalte verbindet. Im rechtspopulistischen Fall sind dies neben einem starken, völkisch geprägten, Nationalismus (Holtmann 2018) vor allem kollektive Abgrenzungen und eine Skepsis gegenüber dem der liberalen Demokratie eigenen Pluralismus. Gerade letzteres wird als spezifische Gefährdung der Demokratien westlicher Prägung angesehen (auch Levitsky und Ziblatt 2018).

Relativ einhellig ist in allen Ansätzen der Populismusforschung die Einschätzung, dass die Differenz zwischen „dem Volk“ bzw. „dem Bürger“ und den Eliten von zentraler Bedeutung für Populismus ist. Dies beinhaltet ein Bild von der politischen Elite, welches durch Misstrauen (Rosanvallon 2008; Wildt 2017) seitens der Bürger geprägt ist. Politische Eliten werden grundsätzlich als gegen die Interessen der Nation und des Volkes arbeitend angesehen. Hier schließt es an die Diskussionen zur Politikverdrossenheit in der Frühphase dieses Jahrtausends an (Arzheimer 2000; Meier 2002; Pickel 2002), welche den Befund einer breiten Parteien- und Politikerverdrossenheit bei gleichzeitig noch weitreichender demokratischer Legitimität erbracht haben. Populismus zeichnet sich somit durch eine fundamentale Anti-Establishment Position aus (Mudde und Kaltwasser 2017: 12), die aber nach eigenen Aussagen vor allem auf die mangelnde Effektivität der politischen Eliten zielt und weniger einen systemischen Umbruch betont. Gleichzeitig werden aber in der Argumentation mit liberalen Demokratien schwer vereinbare Aspekte der Ausgrenzung von sozialen Gruppen herausgestellt und damit eine Exklusion aus der politischen Gemeinschaft vollzogen. Diese Position resultiert beim Rechtspopulismus aus einer engen Verbindung zwischen Populismus und Nationalismus. Es wird auf Abgrenzungsstrategien zurückgegriffen, welche eine homogenisierte „Wir-Gesellschaft“ gegenüber nicht zu ihr gehörigen Personen unterscheidet.

Memobox 20: Politikverdrossenheit – frühes Modewort mit differenzierter Relevanz

Seitdem es 2002 das Unwort des Jahres in Deutschland war, ist der Begriff der Politikverdrossenheit nie mehr ganz aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Er will eine generelle Unzufriedenheit der Bürger mit Politik genauso bezeichnen wie Apathie, politische Interessenlosigkeit und ein zurückgehendes Wahlverhalten (Arzheimer 2000; Maier 2002; Pickel 2002). Bereits dies zeigt, dass es sich um einen nur begrenzt hilfreichen Containerbegriff handelt. In Bezug zur politischen Kulturforschung, aber überwiegender Ignoranz ihrer Differenzierung in

den Objekten politischer Unterstützung wird eine Pauschalaussage getroffen, die in dem seltensten Fall nahe an der Realität ist. Nichtsdestoweniger spricht es ein Phänomen in der Realität an, welches der Untersuchung und Differenzierung lohnt. Dabei ist der Bezugspunkt der Politikverdrossenheit deswegen von so großem Interesse, weil speziell die Zugänge der politischen Unterstützungsforschung von David Easton und Nachfolgern einen differenzierten Blick auf das Phänomen Politikverdrossenheit zulassen. Die vorliegenden Analysen kommen dann bei weitgehenden Analysen relativ schnell zu dem Befund, dass von einer generellen Politikverdrossenheit nicht gesprochen werden kann. Diese würde eine Abkehr von Politik im Allgemeinen ansprechen. Dies ist allerdings gerade in den westlichen Gesellschaften, wo dieser Begriff medial fast inflationär eingesetzt wird, nicht der Fall. Vielmehr zeigen die vorliegenden Analysen einhellig eine Politiker- und Parteienverdrossenheit bzw. ein massives Misstrauen gegenüber diesen Trägern politischer Verantwortung. Vor allem ist es dabei die als mangelhaft empfundene Responsivität von Politikern und politischen Eliten, die hier bemängelt wird. Aber auch generell zeigen Vertrauenswerte von zwischen 8 und 16 Prozent gegenüber Politikern ein Auseinanderklaffen zwischen Bürgern und politischen Eliten auf, die nicht unwesentlich für die aktuellen Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen angesehen werden können. Gerade die Gleichzeitigkeit einer Zustimmung von über 80 Prozent der Bundesbürger zur Demokratie als politischem System sowie ein hohes Vertrauen in Bundesverfassungsgericht und das Amt des Bundespräsidenten mit einem extrem geringen Vertrauen in die „Kaste der Politiker“ zeigt die Notwendigkeit zur Differenzierung dieses Phänomens auf. So kann entsprechend nicht von einer Legitimitätskrise der westlichen Demokratien gesprochen werden, eher von einer Krise der Glaubwürdigkeit des politischen Personals. Allerdings kann dies nicht als beruhigend aufgefasst werden, ist doch – folgt man den Überlegungen Lipsets – der Abfall in der Einschätzung politischer Effektivität langfristig auch für die Legitimität eines demokratischen Systems gefährlich. Vor allem da nach Alternativen zu den demokratischen politischen Eliten gesucht wird. Damit ist es gerade die Politikerverdrossenheit, welche eine Grundlage für Wahlerfolge von Populisten mit sich bringt, werden diese doch als – teilweise vom „Klüngel“ der jetzt regierenden Eliten unbelastete – Alternativen zu den Politikern des „Establishments“. Zu unterscheiden ist die Diskussion über Politikverdrossenheit von dem theoretischen Konzept der Postdemokratie (Crouch 2008), welches eher das Unterlaufen der Demokratie durch die (politischen) Eliten thematisiert.

Diese Homogenisierung des „Volkswillens“ stellt genauso ein Kernkonzept des Populismus dar (Mudde und Kaltwasser 2017: 18-19) wie eine identitäre Strategie des Wir und die Anderen für den Rechtspopulismus. Der selbst zugeschriebene Vertretungsanspruch der politischen oder kulturellen Gemeinschaft ermächtigt Rechtspopulisten dazu Zugehörigkeiten zu definieren und das soziale Klientel, für welches sie sich einsetzen, auszuweisen. In der Regel wird auf eine nativistische Definition zurückgegriffen, welche mystische und historische Elemente aufgreift (Holtmann 2018: 14). Dabei wird eine exklusive Bestimmung des „Volkes“ vorgenommen, welches aus ihrer Sicht spezifische Anrechte besitzt (u.a. Wildt 2017) und einen generellen Vorrang vor anderen sozialen Gruppen in der Gesellschaft (zumeist Immigranten) besitzt. Populismus ist entsprechend keineswegs per se antidemokratisch und die Demokratie gefährdend. In der Funktion als Warnsignal oder Vertreter von Interessen der Bevölkerung kann Populismus eine produktive Wirkung als Hinweis auf bestehende Probleme und eine zu große Distanz zwischen Eliten und Bevölkerung sein. Auch auf die mangelnde Responsivität der Politik in den Augen der Bürger

kann so hingewiesen werden. Für liberale Demokratien entstehen Probleme, weil einige ihrer Grundlagen, wie die Akzeptanz von Pluralität oder die Ausrichtung auf ausbalancierte und auf Kompromissfindung ausgerichtete politische Institutionen in ihrer Legitimität als Volksvertretung, in Frage gestellt werden (Achen und Bartles 2016). Durch das Einfordern verstärkter Elemente direkter Demokratie wird dabei Demokraten die Gegenargumentation erschwert. Problematisch an der geforderten Volksbeteiligung ist die im Rechtspopulismus europäischer Prägung immanente Homogenisierung des Bürgers hinsichtlich einer (scheinbaren) einheitlichen Interessenlage. So wird diese weitgehend auch behauptet und von den eigenen Positionen abweichende Vorstellungen als manipuliert oder konstruiert diskreditiert. Zudem wird das Primat der Majorität gegenüber Minderheiten in der Gestaltung der Politik der Nation einem pluralistischen Interessenausgleich gegenübergestellt – allerdings nicht auf die eigenen Positionen bezogen. Durch eine Beschränkung der „wahren Bürger“ auf die Mitglieder der Nation ergibt sich eine Ethnisierung und so etwas wie eine Ethnokratie, welche Pluralisierungstendenzen ablehnt.

Der Rechtspopulismus ist speziell unter den Bedingungen schneller Modernisierungsbewegungen, wie die Globalisierung eine ist, erfolgreich. Diese Entwicklungen setzen die Mittelschichten unter Druck und erzeugt bei diesen das Gefühl, dass Traditionen und Werte in unangemessener Weise über Bord geworfen werden (Bremmer 2018: 1-8). Der Staat wird als Kollaborateur der politischen (und wirtschaftlichen) Eliten angesehen und die Offenheit für Migration als Verrat des Staates am eigenen Volk im Zuge der Eliteninteressen beurteilt. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Externalisierung der eigenen Unsicherheit und Unzufriedenheit auf einen Sündenbock, bzw. die Verbindung mit einem Thema, welches besonders markant das Versagen der politischen Eliten aufzeigt, stabilisierend für die Anlehnung von Bürgern an rechtspopulistische Aussagen. Entsprechend stellen Angstdiskurse, das stärkste Gefühl zu welchem der Mensch neigt, ein zentrales strategisches und taktisches Mittel von Rechtspopulisten dar (Wodak 2016, S. 63-65). Damit bietet sich ein Anschlusspunkt an inhaltliche Positionen, welche hin zu rechtsextremistischen Haltungen tendieren. Gleichzeitig löst sich die Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auf. Rechtsextremismusforscher warnen davor, mit der Einführung der Zuweisung (nur) rechtspopulistischer Positionen in die Falle einer Verharmlosung von Äußerungen und politischen Verhaltensweisen zu geraten, welche eigentlich demokratiefeindlich und rechtsextremistisch sind. Diese Mahnung ist durchaus berechtigt, üben sich Rechtspopulisten, teilweise sehr bewusst, in der Praktik der permanenten Grenzüberschreitung. Aussagen, die bislang als rechtsextrem bezeichnet wurden, werden verwendet, wieder zurückgenommen oder aber unter Bezug auf ein den Bürgern oder „dem Volk“ adäquates Konzept umgedeutet. Dies verweist auf das Risiko eines fließenden Übergangs zwischen rechtsextremistischen Rechtspopulisten und rechtspopulistischen Rechtsextremisten (Priester 2007: 75).

Der ideologische Ansatz eignet sich am ehesten für den Anschluss an die politische Kulturforschung, da er in der Bevölkerung überprüfbare inhaltliche Aspekte des Populismus in den Blick nimmt. Die meisten Zugänge der Populismusforschung liefern bislang nur wenig Informationen über die Erfolgchancen populistischer Argumentation unter den Bürgern. Gerade dieser Erfolg unter den Bürgern und deren Mobilisierung für populistische Inhalte und Parteien stellt aber die zentrale Anforderung für demokratische politische Kulturen dar. Als zentrale Schwierigkeit für die Bestimmung der Offenheit für Populismus in der Bevölkerung erweist sich die Klassifikation rechtspopulistischer Inhalte. Populisten verfügen zwar über eine inhaltliche Ideologie, diese ist

grundsätzlich aber schwach ausgeprägt (thin-centered ideology nach Mudde und Kaltwasser 2017, S. 6) und tritt unter Umständen hinter das strategische Ziel des Erfolges und Machtgewinns zurück. Die ideologische Ausrichtung bewegt sich entlang der Richtungslinien von rechts und links, wobei links eine antiautoritäre, eher libertäre Antistaatsauffassung mit dem Wunsch nach starkem Egalitarismus beinhaltet, während rechts eine nationalistische bis völkische Position mit konservativem Einschlag repräsentiert. Es ist (mindestens für die jeweiligen Befürworter) schwierig eine klare Grenze zwischen einer rechts-konservativen bzw. links-sozialen Position und der Offenheit für demokratiefeindliche populistische Positionen zu ziehen. Genauso schwierig ist die Grenzziehung zwischen Rechtspopulisten und Rechtsextremen, da die inhaltlichen Überschneidungen in einigen Positionen erheblich sind. Als zusätzliches Problem einer exakten Bestimmung des Potentials für Rechtspopulismus in der Bevölkerung erweist sich, dass entsprechende Argumente und Positionen in Teilen auch von Politikern etablierter demokratischer Parteien thematisiert werden. Auf diese Weise gewinnen sie Legitimität. Entsprechend muss man mit Blick auf die Mobilisierungsfähigkeit rechtspopulistischer Argumente von eindeutigen Aussagen Abstand nehmen und die Reichweite der ermittelten Ergebnisse mit Vorsicht interpretieren. Da aber diese Übergriffigkeit von Rechtspopulisten in seitens von rechtsextremen Gruppierungen genutzten Argumentationsstrukturen in gewisser Hinsicht Kalkül darstellt, sind entsprechende Haltungen konstitutiv für den Rechtspopulismus und bestimmen sein Aktivierungspotential.

Inhaltlich sind für den Rechtspopulismus Aspekte wie Nationalismus, Antipluralismus, Abwertung sozial ungleicher Gruppen und Antiimmigrationshaltung sowie Ablehnung des Islam bei gleichzeitiger Anti-Establishment-Position als Indikatoren für eine mögliche Offenheit für Rechtspopulismus einzutragen. Auf der Einstellungsebene sind tragfähige Indikatoren die Betonung und starke Befürwortung einer „völkischen nationalen Kultur“, die Überlegenheit der eigenen Nation, des eigenen Volkes sowie eine Ausgrenzung bzw. Abwertung anderer ethnischer oder sozialer Gruppen. Dies wird begleitet durch eine auf Protest ausgerichtete Fundamentalabgrenzung gegenüber den demokratischen Eliten. Zur Lokalisierung des Problems können einige in der Forschung etablierte Messinstrumentarien beitragen. Die bereits vorgestellte Rechtsextremismusskala der Konsensgruppe führt einige auch für die Offenheit gegenüber Rechtspopulismus nützlichen Einstellungen zusammen (Decker u.a. 2016). So ist es eben nicht unwahrscheinlich, dass Anhänger von Rechtspopulisten zwar kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, aber doch verschiedenen dieses Weltbild konstituierenden Dimensionen zustimmen. Speziell von Interesse sind die Fragen, welche einen Vorrang der eigenen Nation oder eine völkisch bzw. sogar rassistisch fundierte Überlegenheit des deutschen Volkes erfassen. Ebenfalls hilfreich für die Bestimmung der Offenheit für Rechtspopulismus sind Indikatoren aus dem Fundus der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2010; Zick und Klein 2014; Zick u.a. 2016). Das Konzept greift Aspekte der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung mit dem Schwerpunkt gruppenbezogener Vorurteile auf (Allport 1979; Tajfel 1982). Diese Einstellungen sind getragen von der Einschätzung der Ungleichwertigkeit anderer sozialer Gruppen der Gesellschaft der eigenen Gruppe gegenüber. Es ist davon auszugehen, dass Personen, die den ent-

sprechenden Aussagen zustimmen, empfänglicher für Parolen sind, die auf Gruppenabgrenzung, Nationalismus und völkische Exklusivität zielen.¹²⁵

Wie bereits bei der Messung rechtsextremer Einstellungen variiert die Zustimmung zu den abgefragten Indikatoren erheblich. Auffällig ist allerdings die doch nun größere Verbreitung von Aussagen mit einem sozial ausgrenzenden Charakter. So findet sich in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016 bei der Hälfte der deutschen Bevölkerung eine Ablehnung von Asylsuchenden und Langzeitarbeitslosen (Zick u.a. 2016: 56). Aber auch jeder Vierte zeigt eine starke Abneigung gegenüber Sinti und Roma, Muslimen oder muss nach der Skala als fremdenfeindlich eingestuft werden. Dabei fallen die Ablehnungswerte in Ostdeutschland in der Regel höher als in Westdeutschland aus. Einen klassischen Antisemitismus und Rassismus finden die Forscher dagegen nur bei knapp unter zehn Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig ist die Variationsbreite des Antwortverhaltens groß (und auch von methodischen Aspekten) abhängig. So ist in der fast zeitgleichen Leipziger Mitte Studie 2016 sowohl die Islamfeindschaft (ca. 45%), die Abwertung von Asylbewerbern (über 60%) als auch der Antiziganismus (ca. 50%) deutlich stärker ausgeprägt als in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. In allen drei Einstellungen ist seit 2011 ein Zuwachs festzustellen (Decker u.a. 2016: 50). Bei aller Vorsicht in der Interpretation der Ergebnisse wird damit deutlich, dass in der deutschen Bevölkerung – wie auch in anderen Bevölkerungen – eine beachtliche Spannweite in abgrenzenden Einstellungen bestehen. So wie diese nicht zwingend ein rechtspopulistisches oder gar rechtsextremes Wahlverhalten nach sich ziehen müssen, zeigen sie aber ein durchaus plurales Einstellungsgeflecht in einer demokratischen politischen Kultur. Ergebnisse von Berechnungen mit Fragen nach der Offenheit zur Unterscheidung von Eliten und Bevölkerung deuten dabei auf den zweiten „Trumpf“ populistischer Argumentation hin und bestätigen eine starke Unzufriedenheit mit den politischen Eliten und etablierten Parteien sowie der starken Verbreitung einer Wahrnehmung von „Wir da unten und ihr da oben“.

Aus Sicht der politischen Kulturforschung wichtig ist die Beantwortung der Frage, inwieweit die gemessenen Einstellungen sich für das existierende politische System als destabilisierend und gefährlich erweisen können oder als Bestandteil einer pluralen, mit den Werten des politischen Systems in Einklang stehenden politischen Kultur anzusehen sind. Verschiedene der angesprochenen Polarisierungstendenzen in der Bevölkerung und die Bereitschaft gerade von Personen mit einer Nähe zu Aspekten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eher als populistisch einzuschätzende Parteien zu wählen, bzw. Populisten zu unterstützen, sind zumindest als massive Problemanzeige für die liberalen Demokratien der westlichen Welt, aber auch anderenorts zu verstehen. Speziell wenn es den etablierten politischen Eliten nicht gelingt, die entstandene Distanzwahrnehmung in der Bevölkerung zu bearbeiten, öffnet sich das Fenster für populistisch argumentierende Alternativen. Dies kann weitreichende Veränderungen der politischen Kulturen, aber auch der politischen Strukturen nach sich ziehen.

¹²⁵ Hilfreich für die Bestimmung rechtspopulistischer Offenheit ist zudem eine neue Skala zu Populismus und Political Efficacy, welche in der Nachwahlstudie zu der 2017er Bundestagswahl im Rahmen des Langzeitprojektes der GLES umgesetzt wurde. Hier wurden die Differenzen zwischen Politikern und Bürgern, bzw. „dem Volk“ und den politischen Eliten genauso erfragt, wie Ethnozentrismus oder ablehnende Positionen Immigranten und Geflüchteten gegenüber.

Memobox 21: Extremismus, Populismus und politische Kultur

- Die Extremismusforschung beschäftigt sich sowohl mit Einstellungen wie auch Verhalten, welches in seinem Kern an den Rändern der politisch ideologischen Gesellschaft angesiedelt ist.
- Es besteht eine breite und kontroverse Debatte über die Begriffsverwendung von Extremismus und Rechtsextremismus, welche stark durch die jeweilige politische Sichtweise geprägt wird.
- Die Erforschung extremistischer Einstellungen ist für die politische Kulturforschung dahingehend produktiv, da es sich um Verhalten prägende Einstellungskonstrukte handelt, die in Teilen der Bevölkerung Verankerung finden und ihre Haltung zum politischen System maßgeblich bestimmen.
- Rechtsextreme Einstellungen gehören zur politischen Kultur der Bundesrepublik, wie auch anderer europäischer Staaten. Über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen zwischen 5-9 Prozent der Deutschen.
- Studien zeigen über die letzten Jahre eher ein Absinken eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes an, allerdings schließt dies Zuwächse in einzelnen Dimensionen und speziell in Ausländerfeindlichkeit und Ablehnung des Islam nicht aus.
- Diese Verschiebung drückt sich in einer deutlich höheren Offenheit für populistische Aussagen aus, welche als Merkmal einer doch weit verbreiteten Politiker- und Parteienverdrossenheit zu verstehen sind.
- Erst die Verbindung aus Politiker und Parteienverdrossenheit mit einer verstärkten Bedrohungswahrnehmung des eigenen Kollektivs, speziell durch muslimische Zuwanderung, führt zu einer Offenheit für Populismus in Teilen der Bevölkerung.
- Populismus zeichnet sich zentral dadurch aus, dass es die Differenz zwischen herrschenden Eliten und „dem Volk“ bzw. „dem Bürger“ betont und breitere Mitbestimmungsrechte fordert.
- Gerade der Rechtspopulismus verbindet diese Forderung mit der Exklusion von Fremdgruppen aus dem eigenen Kollektiv. Dies hat eine zumeist klare Ablehnung von Zuwanderung zur Folge und betont die Unmöglichkeit der Zugehörigkeit von Fremdgruppen zur eigenen politischen Gemeinschaft.
- Ein Konzept zur erweiterten empirischen Erfassung von Offenheit für Populismus ist der Ansatz der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In ihm werden vorrangig Überzeugungen der Ungleichwertigkeit gegenüber anderen Sozialgruppen empirisch geprüft.
- Verschiedene Überzeugungen der sozialen Ungleichwertigkeit sind in der Bevölkerung in erheblichem Ausmaß verteilt und richten sich gegen spezifische Gruppen (Asylsuchende, Muslime, Langzeitarbeitslose).

- Eine starke Verbreitung entsprechender Einstellungen in Verbindung mit einer Offenheit für Populismus kann aufgrund seiner gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen ein Gefahrenpotential für liberale Demokratien darstellen.

6.5 Kernliteratur

- Anderson, Benedikt, 1983: *Imagined Communities. Reflections of the Origins and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Arzheimer, Kai, 2002: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bötticher, Astrid/Mares, Miroslav, 2012: *Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen*, München: Oldenbourg.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.), 2016: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.
- Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.), 2013: *Autokratien im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Christobal Rovira, 2017: *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: University Press.
- Pickel, Gert, 2002: *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?* Opladen: Leske + Budrich.
- Pickel, Gert/Decker, Oliver (Hrsg.), 2016: *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Leipzig: Edition Leipzig.
- Pickel, Gert/Röder, Antje/Blätke, Andreas (Hrsg.), 2018: *Special Issue: Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen*. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) 12/1.
- Priester, Karin, 2007: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt/Main: Campus.
- Priester, Karin, 2012: *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt/Main: Campus.
- Ross, Michael, 2006: *A Closer Look at Oil, Diamonds, and Civil War*. *Annual Review of Political Science* 9: 265-300.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard, 2001: *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schubert, Sophia, 2012: *Die globale Konfiguration politischer Kulturen. Eine theoretische und empirische Analyse*, Wiesbaden: Springer VS.
- Smith, Benjamin, 2004: *Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960-1999*. *American Journal of Political Science*, 48: 232-246.
- Virchow, Fabian/Langenbach, Martin/Häussler, Alexander, 2016: *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela, 2016: *Gespaltene Mitte – Feinselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Verlag Dietz.